

Europa in der Krise



(Foto by Tom

[Pursey / Jubilee Debt Campaign](#) | Bildbeschreibung: Greece solidarity protest at British Museum #OXI | Quelle: [Flickr](#) | Lizenz: [CC BY 2.0](#))

Die Griechenland-Krise beherrscht seit Monaten die Schlagzeilen. Unter dem Hashtag #ThisIsACoup protestieren weltweit Menschen gegen den entwürdigenden Umgang der Gläubiger mit Griechenland. Die Grundlage für die Krise wurde bereits bei der Einführung des Euros gelegt. 1998 hielt Gregor Gysi eine Rede, die mit bemerkenswerter Klarheit die aktuellen Probleme vorhersagte. Damals wurde er von vielen nur als linker Querulant betrachtet, doch seine Analyse erweist sich gerade als zutreffend. Denn es sind bei weitem nicht nur die Fehler griechischer Regierungen, die in die Krise geführt haben, sondern vor allem ist es eine Systemkrise des EU-Systems. Die Verleugnung dieser Tatsache durch Merkel und die meisten anderen EU-Regierungschefs ist das Hauptproblem. In Gysis Rede vor dem Bundestag ließ er das Ziel Deutschlands mit der Euro-Einführung deutlich werden.

Zum Einstieg ein Video der Rede von Gregor Gysi im Bundestag (1998):

Hier klicken, um das Video auf YouTube anzusehen...

Gregor Gysi: „Man kann einen Kontinent nicht über Geld einen.“

„... wir wollen den Export Deutschlands erhöhen und damit die Industrie in Portugal, Spanien und anderen Ländern schwächen. Die werden verrostdeutsch, weil sie diesem Export nicht standhalten können. Das ist eines der Probleme, das zu einer weiteren Spaltung innerhalb Europas führt.“ (Gysi, 1998)

Genauso ist es auch gekommen. Deutschland als Exportnation profitierte deutlich vom Euro, Portugal und Spanien hatten unter dem Euro zu leiden (mit Ausnahme teilweise von exportstarken Regionen wie beispielsweise Katalonien). Der Gewinner des Euros ist die deutsche (Export-)Wirtschaft. Auch in Griechenland ist genau das passiert, es wurde immer mehr importiert (Haupthandelspartner war dabei Deutschland), doch der Export ist zusammengebrochen. Fehler der griechischen Regierungen haben das Problem verschlimmert, doch ehrlich betrachtet hatten sie auch kaum eine Chance.

„Ich sage: Im Augenblick wird das ein Europa für erfolgreiche Rüstungs- und Exportkonzerne, für Banken, vielleicht noch für große Versicherungen. Es wird kein Europa für kleine und mittelständische Unternehmen, kein Europa für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, kein Europa für Gewerkschaftsbewegungen und auch kein Europa für die sozial Schwächsten in den Gesellschaften der Teilnehmerländer.“ (Gysi, 1998)

In Griechenland hatten zum Amtsantritt der Regierung Tsipras 3,5 Millionen Menschen keinen Zugang mehr zum Gesundheitswesen (aufgrund von Sparauflagen der Troika - im offiziellen Sprachgebrauch durch „Institutionen“ ersetzt). Ein Arbeitslosengeld 2 gibt es dort nicht. Wer länger als ein Jahr lang arbeitslos ist, bekommt keinen Cent mehr und das in einem Land mit Massenarbeitslosigkeit. Eine Forderung der Geldgeber, die zum Scheitern der Verhandlungen und zum Referendum geführt haben, war die Abschaffung der (relativ geringen) Zuschüsse zu den Mindestrenten von 360 Euro. Die Verelendung ist hier als Folge der neoliberalen Politik klar zu erkennen. Griechenland hatte bereits 30 Prozent seines Staatshaushaltes gekürzt. Die Wirtschaftskraft ist aufgrund der Sparauflagen ebenfalls um rund 30 Prozent eingebrochen. Doch mit einer zusammengebrochenen Wirtschaft können sie ihre

Schulden erst recht niemals bezahlen. 5 Jahre Politik der Troika haben ein zerstörtes Land hinterlassen.

„Es ist ein Euro der Banken und der Exportkonzerne, nicht der kleinen und mittelständischen Unternehmen, die auf den Binnenmarkt angewiesen sind, nicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir haben es mit einem weiteren Problem zu tun, nämlich dem, dass der Reichtum in diesem Europa wachsen wird, aber in immer weniger Händen liegen wird. Dafür ist Deutschland ein lebendiges Beispiel.“ (Gysi, 1998)

Auch hier lag Gysi mit seiner Kritik vollkommen richtig. Was bedeutete die Einführung des Euros in Deutschland? Die Einführung der Hartz 4-Gesetze. Ausbau von Leiharbeit und Niedriglohnsektor. Die Verteilung des Vermögens geht immer weiter auseinander - vor allem, wer Geld hat, profitiert davon.

Trotzdem geht es Deutschland noch vergleichsweise gut, doch der „Erfolg“ ist aufgebaut auf der Krise der südeuropäischen Länder. Unsere Exporte (gestützt durch den Euro) haben dazu beigetragen, die Wirtschaft dieser Länder zu schädigen. Massenarbeitslosigkeit vor allem von jungen Menschen ist in Spanien, Portugal, Italien und Griechenland der Normalzustand geworden. Sozialleistungen wurden abgebaut, doch das Vermögen der Reichen wächst trotzdem immer weiter.

Diese Politik ist ungerecht und zerstört den europäischen Gedanken. Durchgesetzt wird diese Politik vor allem damit, dass man eine Alternativlosigkeit konstruiert. Die Demokratie wird über zahlreiche undemokratische Prozesse ausgehebelt. Auch das ist etwas, was man bereits bei der Einführung des Euros erkennen konnte.

„Mit der Demokratiefrage hängt übrigens auch zusammen, dass Finanz- und Geldpolitik kaum noch möglich sein werden. Die Zuständigkeit hierfür wird an die Europäische Zentralbank abgegeben. Sie wird dadurch anonymisiert. Damit wird erreicht, dass sich die Regierungen herausreden können, indem sie es auf die Bank schieben, und erklären können, dass sie keine politischen Spielräume haben, weil die Europäische Zentralbank bestimmte Vorgaben gemacht hat. Wer so eine Politik einleitet, zerstört Demokratie, denn Auswahl haben die Menschen nur in der Politik und nicht bei der Bank. Da haben sie nichts zu entscheiden. Das ist die Realität in dieser Gesellschaft und auch in anderen europäischen

Gesellschaften.“ (Gysi, 1998)

Es gibt Alternativen zur alternativlosen Politik der Kanzlerin. Zur Zeit ist die EU auf dem Weg der Selbstzerstörung. Ein gemeinsames Europa ist wichtig, doch solange es nur ein Europa der Banken ist, eine Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent als Erfolg verkauft wird (Spanien als „Erfolgsbeispiel“ der Sparauflagen), der Sozialabbau alternativlos ist, wird es kein geeintes und von den Völkern akzeptiertes Europa geben!